



Foto: Energiewende jetzt

## Neues Anlagegesetz kann sich auf Genossenschaften auswirken

Mit einem rund 600 Seiten umfassenden Gesetz will die Regierung den sogenannten grauen Kapitalmarkt regeln. Dies könnte die Arbeit von Bürgerenergieprojekten erheblich erschweren.

Am 21. Februar wurde der Gesetzentwurf in erster Lesung im Bundestag diskutiert. Mit ihm soll die Europäische Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds in deutsches Recht umgesetzt werden. Anleger sollen damit besser geschützt werden. Unklar ist aber offenbar auch den Bundestagsabgeordneten noch, in welchem Maße Bürgerenergieprojekte betroffen sein werden. So erklärte der FDP-Bundestagsabgeordnete Björn Sänger, geschlossene Fonds seien für Kleinanleger per se nicht geeignet und daher solle der Mindestanlagebetrag bei 20 000 Euro liegen – was für einige Bürgerprojekte deutlich zu hoch sei. Klaus Breil, ebenfalls FDP, sagt, natürlich sollten weiterhin Bürgerwind- und -solarparks möglich sein. Bis Mai hat der Bundestag Zeit, um diese Fragen zu klären. Dann soll das Gesetz verabschiedet werden.

Am 13. März ist eine öffentliche Anhörung geplant. Schon im Vorfeld hatte der Bundesverband Erneuerbare Energien gegenüber der Bundesregierung seine Befürchtung formuliert, das Gesetz könne die Energiewende behindern. Nach Auffassung des Verbandes würde das Gesetz auch Projekte betreffen, die als GmbH & Co. KG oder als Genossenschaft organisiert seien. Und dies seien derzeit die wesentlichen Gesellschaftsformen für Wind- und Solarparks. Allerdings, dies wurde in der Bundestagsdebatte deutlich, haben offenbar alle Fraktionen ein Interesse daran, solche Projekte weiter zu ermöglichen. **AWi**  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de), [Bundestagsdrucksache 17/12294](#)

## Windprojekte bundesweit gefährdet

Die Pläne der Bundesregierung zur sogenannten Strompreissicherung verunsichern die Branche stark.

In Rheinland-Pfalz sieht Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke den Bau von 100 für 2013 geplanten Windturbinen gefährdet. Der Grund sind die von Umweltminister Peter Altmaier und Wirtschaftsminister Philipp Rösler jüngst im Bund vorgelegten Vorschläge zur Strompreisbegrenzung. Danach soll nicht nur die Förderung bestehender Wind- und Solaranlagen gekappt werden, sondern auch der Einspeisetarif für neue Windturbinen an Land ab dem 1. August stark gesenkt werden.

Da das unternehmerische Risiko derzeit nicht kalkulierbar sei, haben die Stadtwerke München sämtliche im Inland geplanten Regenerativ-Kraftwerksprojekte zunächst auf Eis gelegt. Das bundesweit größte Stadtwerk, das bis zum Jahr 2025 rund 9 Mrd. Euro in den Ausbau erneuerbarer Energien investieren will, spricht in Bezug auf die Pläne, Passagen im Erneuerbare-Energien-Gesetz rückwirkend zu ändern, von einem „schwerwiegenden Tabubruch“. Mit der EnBW hat sich einer der vier großen Stromkonzerne der Kritik angeschlossen. „Der Ausbau der erneuerbaren Energien käme damit in weiten Teilen zum Erliegen“, heißt es in einem Positionspapier.

Unmittelbar nachdem Altmaier und Rösler ihr Papier veröffentlicht hatten, habe in der Windbranche eine Verunsicherung eingesetzt, so der Windturbinenhersteller Nordex: „Wegen der geplanten Tarfkürzungen stellen momentan zahlreiche Investoren und Banken die Wirtschaftlichkeit ihrer Projekte in Frage und überprüfen ihr Engagement oder verlangen höhere Sicherheiten.“ Damit würden die Ziele der Energiewende gefährdet. **R. Köpke**

Anzeige

**ENERGY STORAGE**  
International Summit for the Storage of Renewable Energies

18 - 19 March 2013  
CCD Süd,  
Messe Düsseldorf  
Düsseldorf, Germany

**YOUR GATEWAY TO THE ENERGY STORAGE MARKETS**

<http://www.energy-storage-online.com>

POWERED BY: PV MAGAZINE  
**pv magazine**  
Renewable Energy Business

ORGANIZED BY  
**SOLARPRAXIS**  
engineering | conferences | publishing

Messe Düsseldorf

Sonderrabatt für Energiekommune Abonnenten  
-10 % auf den Eintrittspreis  
Melden Sie sich jetzt an:  
[www.energy-storage-online.de](http://www.energy-storage-online.de)  
Discount-Code:  
energie10kommune

## Energiewende im Wärmemarkt

Foto: BAFA



Für den 9. April lädt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) Kommunen und Stadtwerke nach Frankfurt am Main ein.

Auf der Kommunalkonferenz 2013 geht es unter anderem um Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Kommunen, um die Bedeutung der regenerativen Wärme für die Energiewende, um Best-Practise-Modelle aus Kommunen und Klimaschutzagenturen und um kommunalen Klimaschutz mit Zuschüssen des Marktanreizprogrammes.

Im Frühjahr 2012 hat das BAFA Kommunen als Multiplikatoren des Marktanreizprogramms für erneuerbare Wärme entdeckt. Mit Hilfe der Konferenz will es weitere Kommunen und Stadtwerke für eine Partnerschaft gewinnen. [baf](mailto:baf@BAFA) BAFA, Referat 511, Dr. Ralph Baller, [ralph.baller@bafa.bund.de](mailto:ralph.baller@bafa.bund.de), Tel. [06196] 908-234, [www.bafa.de](http://www.bafa.de)

## Essen: Übernahme des Stromnetzes

Die Bürgerinitiative „EnergieNetzRheinRuhr – EneRRgisch“ will das Stromnetz in Essen übernehmen. In der Ruhr-Metropole läuft der derzeitige Konzessionsvertrag mit der Westnetz GmbH, einem Tochterunternehmen des RWE-Konzerns, Ende 2014 aus.

„Wir orientieren uns bei unseren Plänen an den Aktivitäten in Berlin, Hamburg oder Oldenburg, wo Bürgerenergiegenossenschaften versuchen, das lokale Stromnetz zu übernehmen“, sagt EneRRgisch-Initiator Rolf Schwermer.

Der Hochschul-Professor ist in der Energieszene Essens kein Unbekannter. Er zählt zu den Gründungsmitgliedern der im Jahr 2009 ins Leben gerufenen Solargenossenschaft Essen eG. „Das Stromnetz gehört in Bürgerhand, die Energiewende geht nicht ohne die Bürger. Das wollen wir mit dieser Aktion unterstreichen“, sagt Schwermer.

Vor der Initiative liegen hektische Wochen. Ende März müssen die Aktivisten nach Worten Schwermers eine sogenannte „Interessensbekundung“ für die Stromnetzübernahme bei der Stadt abgeben. Damit verbunden ist auch der Nachweis, dass EneRRgisch in der Lage ist, das Verteilnetz in Essen technisch und betriebswirtschaftlich zu managen. Deshalb führt die Initiative, die in einem nächsten Schritt in eine Genossenschaft umfirmiert werden soll, derzeit Gespräche mit potenziellen Partnern. Schwermer liegt besonders die politische Diskussion um Essens künftige Stromversorgung am Herzen: „Es wäre sicherlich

ein Erfolg für uns, wenn der nächste Konzessionsvertrag nicht mehr mit einer Laufzeit von 20 Jahren vergeben würde. Angesichts des notwendigen Umbaus der Verteilnetze für die Energiewende ist eine solche Laufzeit viel zu lang.“

Für Schwermer und seine Mitstreiter ist das Netz der Schlüssel für eine Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien: „Gerade in einer Stadt wie Essen ist das eine besondere Herausforderung.“

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat kürzlich das Gutachten „Zulässige Kriterien im Rahmen der gemeindlichen Entscheidung über die Vergabe von Strom- und Gaskonzessionsverträgen“ veröffentlicht. Nach Ansicht des VKU stärkt es die Position der Kommunen bei Konzessionsvergaben. [Ralf Köpke](http://www.ennergisch.net) [www.ennergisch.net](http://www.ennergisch.net), [www.vku.de](http://www.vku.de)

## Klimaschutz in Zeiten knapper Kasse

Noch bis zum 31. März können sich Kommunen um eine Förderung von Klimaschutzprojekten nach der Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums bewerben. Wie viel Geld dafür zur Verfügung steht, ist derzeit fraglich.

Um die finanzielle Ausstattung des Energie- und Klimafonds (EKF), aus dem auch die Kommunalrichtlinie finanziert wird, steht es nicht gut: Da die Erlöse des Fiskus aus dem CO<sub>2</sub>-Handel dramatisch eingebrochen sind, ist der EKF unterfinanziert.

Eigentlich wollte Finanzminister Wolfgang Schäuble 2013 insgesamt 2,046 Milliarden Euro aus der Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechten Erlösen. Da diese aber statt der kalkulierten 10 Euro derzeit nur für 3 bis 5 Euro gehandelt werden, sind die Pläne der Bundesregierung zur Finanzierung von Förder- und Forschungsprogrammen der Energiewende inzwischen Makulatur.

Allerdings bleibt nach Auskunft des BMU das Antragsfenster für die Kommunalrichtlinie wie geplant bis zum 31. März geöffnet, das Programm ist nicht zurückgerufen worden. Ob wie ursprünglich vorgesehen 100 Millionen Euro für die Kommunalrichtlinie vergeben werden können, ist nach heutigem Stand allerdings sehr fraglich. Derzeit findet die schwarz-gelbe Bundesregierung keine gemeinsame Position zu der von Brüssel geplanten Stabilisierung der CO<sub>2</sub>-Emissions-Preise.

2012 betrug das beantragte Fördervolumen ca. 86 Millionen Euro. Seit 2008 wurden über 1640 Kommunen gefördert. [baf](http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de) [www.bmu-klimaschutzinitiative.de](http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de)

### IMPRESSUM

**Verlag:** G. Bröer & A. Witt GbR  
Bültestraße 70 b, 32584 Löhne  
Tel. [05731] 83460  
Fax [05731] 83469  
[www.solarthemen.de](http://www.solarthemen.de)  
[redaktion@solarthemen.de](mailto:redaktion@solarthemen.de)

**Redaktion:**  
Barbara Frey [CvD]  
Andreas Witt  
Guido Bröer [verantw.]

**Lektorat:** Kai-Uwe Dosch

**Druckerei:**  
Kurt Eilbracht GmbH & Co. KG  
Gohfelder Straße 45  
32584 Löhne

**Anzeigen und Beilagen:**  
Arndt Klöckner, Berlin  
Tel. [0170] 4944794

**Energiekommune-Abo:** 59,- Euro  
pro Jahr für zwölf Ausgaben.

**ISSN:** 2195 - 8742

## Biogasanlage im Grünzug

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat eine Klage gegen den Bau einer Biogasanlage abgewiesen. Sie soll in Nürtingen in einem Grünzug gebaut werden.

Geklagt hatte der Verband Region Stuttgart. Er sah die Genehmigung des Regierungspräsidiums Stuttgart zu Unrecht erteilt, da nach dem Regionalplan in dem ausgewiesenen Grünzug grundsätzlich nicht gebaut werden darf.

Die Stadtwerke Nürtingen und ein Metzinger Unternehmen wollen eine Biogasanlage bauen, die jährlich 45 000 Tonnen Speiseabfälle verarbeiten soll. Das Regierungspräsidium hatte

dann auf Antrag eine Zielabweichung vom Regionalplan genehmigt, so dass der Bau der Biogasanlage im Grünzug möglich wurde.

Die Klage dagegen wurde abgewiesen. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass das Projekt raumordnerisch vertretbar sei, da es der Daseinsvorsorge und ökologischen Belangen diene, die auch als Ziele im Regionalplan festgehalten wären. Vor diesem Hintergrund könne der Belang der Flächenfreihaltung zurückgestellt werden, so das Gericht. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung hat das Verwaltungsgericht Stuttgart die Berufung zugelassen. **Dittmar Koop**

Az: 2 K 287/12

### TERMINE

14. März 2013 in Hannover: Bürgerbeteiligung an regenerativen Energieprojekten und EVU, [www.ew-online.de](http://www.ew-online.de)

10. bis 12. April 2013 in Freiburg: 3. Kongress Energieautonome Kommunen, [www.energieautonome-kommunen.de](http://www.energieautonome-kommunen.de)

18. April 2013 in Augsburg: 4. Erfahrungsaustausch Kommunale Geothermieprojekte, [www.geothermiekompetenz.de](http://www.geothermiekompetenz.de)

22.-23. April 2013 in Mannheim: 18. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten, [www.difu.de](http://www.difu.de)

25. April in Köln: Energie-/Klimaschutzmanagement für öffentliche Einrichtungen, [www.den-akademie.de](http://www.den-akademie.de)

27.-28. Juni 2013 in Ulm: 7. Eurosolar-Konferenz, [www.stadtwerke-konferenz.eurosolar.de](http://www.stadtwerke-konferenz.eurosolar.de)

## NETZWERK **energiekommune**



### Stadtradeln geht in die sechste Runde

Auch 2013 wird es die erfolgreiche Klima-Bündnis-Kampagne Stadtradeln geben, bei der im letzten Jahr rund 170 Kommunen in ganz Deutschland teilnahmen. Diesmal heißt es bereits vom 1. Mai bis 30. September 2013 privat und beruflich möglichst viele Fahrradkilometer für mehr Radverkehr, mehr Klimaschutz und die eigene Kommune zu sammeln.

Das Klima-Bündnis lädt bundesweit alle Städte und Gemeinden dazu ein. Ganz besonders sind in diesem Jahr auch Landkreise und Regionen aufgefordert, mitzuradeln – 2013 können sie sich zum ersten Mal eigenständig an der Kampagne beteiligen.

[www.stadtradeln.de](http://www.stadtradeln.de) und [www.facebook.com/stadtradeln](http://www.facebook.com/stadtradeln)

### Woche der Sonne: jetzt bewerben

Sieben Wochen sind es nur noch bis zum Start der diesjährigen Woche der Sonne am 26. April 2013 – Zeit, die Werbetrommel zu rühren. Wer eine Anzeige in der Lokalzeitung schalten möchte, kann auf Vorlagen zurückgreifen, die im internen Bereich der Internetseite stehen. Dort finden sich auch Eindruckflyer, die sich um Infos zu geplanten Veranstaltungen ergänzen lassen. [www.woche-der-sonne.de](http://www.woche-der-sonne.de)

### Konferenz in San Francisco

Das 100ee-Projekt ist Partner der Konferenz „Pathways to 100 % Renewable Energy“ in San Francisco am 16. April 2013 und Dr. Peter Moser vom Kompetenznetzwerk dezentrale Energietechnologien e.V. (deENet) ist als Referent eingeladen. Es ist die erste Konferenz in den USA zum Thema 100 % erneuerbare Energien. Die Konferenz ist ein Teil des internationalen Projekts „Go100% Renewable Energy“ des „Renewables 100 Policy Institute“ in Kalifornien, USA. Im Rahmen des Projekts baut das Institut eine Weltkarte mit 100%-EE-Initiativen auf, die einen Überblick über weltweite Aktivitäten auf dem Weg zu 100 % erneuerbaren Energien gibt. Wer ebenso wie das Aller-Leine-Tal Konferenzpartner werden möchte, melde sich – gerne auf Deutsch – direkt bei **Matthias Bank, Marketing Manager des Renewables 100 Policy Institute**, [m.bank@renewables100.org](mailto:m.bank@renewables100.org), [www.go100percent.org](http://www.go100percent.org)

## EE-Projekte mit Kommunen

Der Regionalversorger rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft, will zusammen mit mehreren Kommunen aus dem Kreis Regenerativ-Projekte umsetzen.

Deshalb hat der Energieversorger, dessen Hauptabsatzgebiet auf der rechten Rheinseite des Rhein-Sieg-Kreises liegt, das Regenerativ-Tochterunternehmen energienatur gegründet, an dem auch eine Bürgerenergiegenossenschaft beteiligt ist. „Wir haben die Kompetenz, regenerative Vorhaben zu planen und zu betreiben“, betont Vorstand Hans-Jürgen Weck.

Da die rhenag sich als Partner der Kreis-Kommunen verstehe, sei geplant, den eigenen Gesellschaftsanteil mittelfristig auf 25,1 Prozent zurückzuführen. „energienatur hilft der rhenag bei der noch stärkeren Verwurzelung im Kreis“, betont Weck.

Ralf Köpke

[www.rhenag.de](http://www.rhenag.de)

## AEE zeichnet Aachen aus

Die Agentur für erneuerbare Energien (AEE) hat Aachen als Energie-Kommune des Monats Februar ausgezeichnet.

Vor 20 Jahren entstand in Aachen der kommunale Vorläufer des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), das sogenannte „Aachener Modell“. „Der Wunsch für eine Förderung der Erneuerbaren Energien wurde nicht von oben vorgegeben, sondern kam aus der Bevölkerung“, zitiert die AEE Klaus Meiners vom Aachener Umweltamt.

Förderte das „Aachener Modell“ zu Beginn nur eingespeisten Solarstrom mit 1 Euro/kWh, so wurde später auch die Windenergie mit 13 Cent/kWh gefördert. Die ursprünglich eher skeptischen Stadtwerke würden die Stadt heute bei ihren Bemühungen in Sachen Energiewende nach ganzen Kräften unterstützen, so Meiners. [baf](mailto:baf)

[www.kommunal-erneuerbar.de](http://www.kommunal-erneuerbar.de)

[www.solarbundesliga.de](http://www.solarbundesliga.de)

## Fürth: Solarpreis neu ausgeschrieben



Foto: Heinz Wraneschitz

Fürther Wohnungsbaugenossenschaft erhält ein Solardach – ob das solarpreiswürdig ist, wird sich erst noch herausstellen. Immerhin hat die Genossenschaft einen Weg gefunden, wie sie ganz legal Solarstromanlagen auf ihre Dächer bauen darf.

Die bayerische Stadt Fürth vergibt auch dieses Jahr wieder ihren mit 3000 Euro dotierten Solarpreis.

Der Preis wird für besondere Leistungen beim Einsatz von Solarstrom- oder Solarwärmeanlagen verliehen und kann auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden. Bewerbungen nimmt Thomas Jung, Oberbürgermeister der „Solarstadt Fürth“ noch bis zum 30. April persönlich entgegen, ein Preisgericht bewertet die eingegangenen Vorschläge. Der Stadtrat entscheidet über die Preisvergabe in einer nichtöffentlichen Sitzung.

Die Stadt verleiht den Preis alle zwei Jahre. Der Preisträger von 2011, Rust-Wohnungsbau, beheizt 27 Eigentumswohnungen fast vollständig solarthermisch. Auch Familien, die innovative Lösungen auf ihren Privathäusern umsetzen, wurden in der Vergangenheit ausgezeichnet. [Heinz Wraneschitz/baf](mailto:Heinz.Wraneschitz@baf)

**Fürth: 363 Ligapunkte**

## Rüsselsheim: Effiziente Leuchten

Seit Anfang des Jahres sorgen 73 LED-Leuchten für Licht entlang Rüsselsheimer Straßen.

Seit 2009 konnten die Stadtwerke den Strombedarf für die Straßenbeleuchtung bereits um 30 Prozent reduzieren. Die Investition in die energieeffiziente LED-Technik wurde sorgfältig vorbereitet: Seit 2011 testete die Alliander Stadtlicht GmbH im Auftrag der Rüsselsheimer Stadtwerke 19 LED-Modelle neun verschiedener Hersteller. 5 Typen bestanden den Test und werden nun, so Matthias Schweitzer, Bereichsleiter Technik und Netze bei den Rüsselsheimer Stadtwerken, je nach Anwendungsfall eingesetzt: Die eine Lampe eigne sich für einen Radweg, die andere eher für eine Anliegerstraße.

Kommunen, die 2013 noch auf effiziente Straßenbeleuchtung umstellen wollen, können bis Ende März Zuschüsse beim Bundesumweltministerium beantragen. [baf](mailto:baf)

**Rüsselsheim: 1 Ligapunkt**

### Die Top 10 der Solarbundesliga\* (Mittelstädte)

Platz	Punkte	Kommune
1	2577	Leutkirch im Allgäu
2	1732	Crailsheim
3	1539	Wangen im Allgäu
4	1428	Vreden
5	1269	Schwäbisch Hall
6	1265	Ochtrup
7	1218	Stadtlohn
8	1217	Neckarsulm
9	1205	Rietberg
10	1187	Memmingen

\* Saison 2012/13, Stand 25. Februar 2013

In der Solarbundesliga wetteifern deutsche Kommunen darum, wer am meisten Solarstrom- und Solarwärmeleistung pro Einwohner installiert hat. [www.solarbundesliga.de](http://www.solarbundesliga.de).